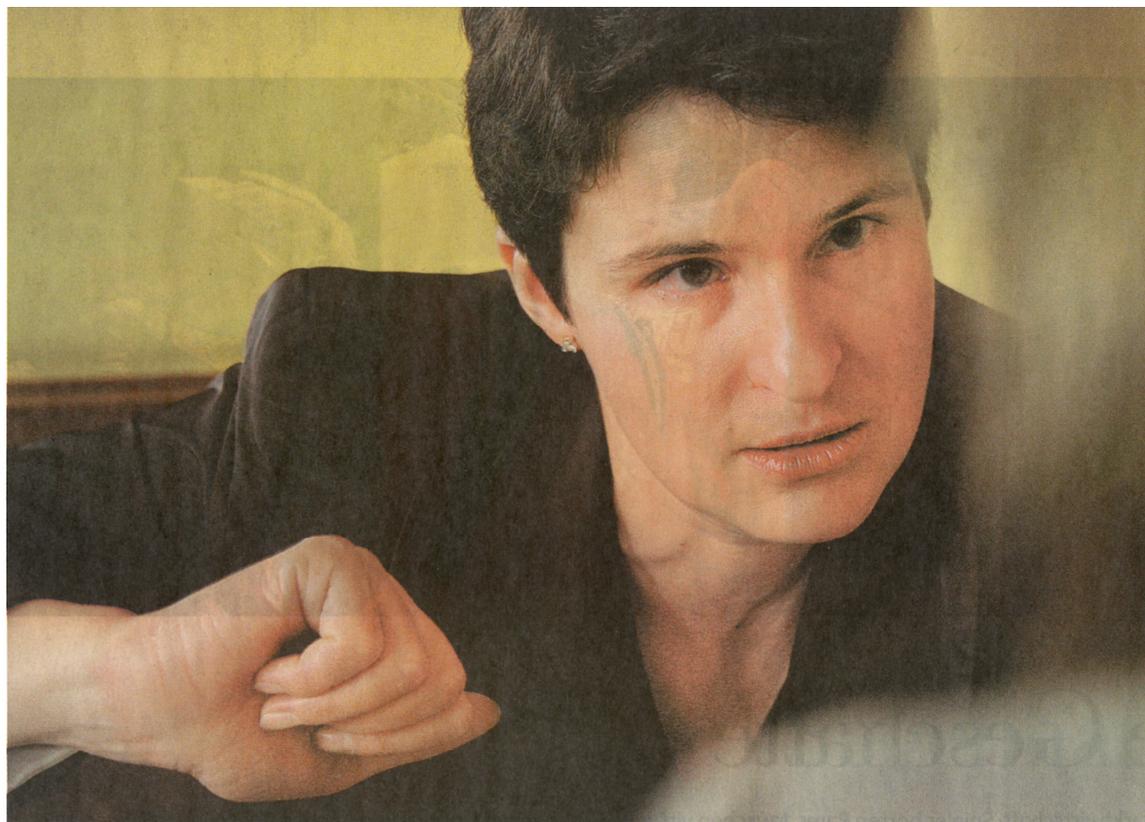


# »Net schwätza, schaffa!«

Tanja Gönner, Umweltministerin  
in Baden-Württemberg,  
stiehlt Sigmar Gabriel die Öko-Show



## Grüner Shootingstar

Tanja Gönner hat eine steile Parteikarriere hingelegt. 1987 trat die damals 28-Jährige der CDU bei. Seit dem Jahr 2000 gehört sie dem Bundesvorstand der Partei an. Ein Jahr später wurde sie zur Kreisvorsitzenden in ihrem Heimatkreis Sigmaringen gewählt.

Bei der Bundestagswahl 2002 errang Gönner auf Anhieb ein Direktmandat und zog als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein. Ihr Mandat gab die Anwältin für Insolvenzrecht auf, als sie der damalige Ministerpräsident Erwin Teufel im Jahr 2004 als Sozialministerin nach Stuttgart rief. Seit Mai 2005 führt sie das Umweltministerium. Gönner setzt sich für den Ausbau der erneuerbaren Energien ebenso ein wie für verlängerte Laufzeiten von Kernkraftwerken.

**DI E ZEIT:** Frau Ministerin, Sie ziehen beim Klimaschutz gerade an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorbei. Warum so viel Ehrgeiz?

**Tanja Gönner:** Haushalte verbrauchen die meiste Energie zum Heizen. Deshalb hat unsere Landesregierung beschlossen, Bauherren zu verpflichten, künftig klimafreundliche Heizungen einzubauen. Als ich den Gesetzentwurf vorgestellt habe, habe ich gesagt, es gilt: Net schwätza, schaffa! Das würde ich mir auch von Sigmar Gabriel wünschen: Weniger Luft machen, mehr schaffen.

**ZEIT:** Was genau haben Sie vor?

**Gönner:** Alle Häuslebauer sind vom 1. April 2008 an verpflichtet, ein Fünftel der benötigten Wärme über erneuerbare Energien zu decken. Von 2010 an müssen auch Altbauten, deren Heizungen ausgetauscht werden, zehn Prozent der Wärme aus erneuerbaren Quellen beziehen.

**ZEIT:** Was kostet das den Bürger?

**Gönner:** Wir rechnen mit zusätzlichen Kosten von rund 5000 Euro pro Anlage. Das hängt davon ab, ob der Bauherr eine solarthermische Heizung einbaut oder Holzpellets nutzt. Ob er Bioöl ins Heizöl mischt, sich ans Nahwärmenetz anschließt, eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage in sein Haus einbaut oder dieses besonders gut dämmen lässt.

**ZEIT:** Stehen schon Nachahmer bereit?

**Gönner:** Die Länderkollegen beobachten uns genau. Wenn das Gesetz Ende November im Landtag durch ist, werden sicher einige folgen.

**ZEIT:** Vor ein paar Jahren wäre es undenkbar gewesen, Bürger zum Klimaschutz zu verpflichten. Warum hat sich die Situation geändert?

**Gönner:** Ordnungsrecht durchzusetzen ist immer schwierig. Wir kombinieren es mit finanziellen Anreizen. Seit Anfang Juli läuft bereits ein Förderprogramm, das die Zinsen auf Modernisierungskredite bei der KfW nochmals verbilligt.

**ZEIT:** Das heißt in Euro?

**Gönner:** Nehmen wir an, der Bürger bekommt einen Kredit über 12 000 Euro. Dann spart er insge-

samt 1250 Euro Zinsen. Und er spart über die gesamte Betriebszeit erheblich an Energiekosten.

**ZEIT:** Richtig neu ist das nicht. Der Bund fördert sogar mit einigen Milliarden Euro ...

**Gönner:** ... hat aber den Durchbruch nicht geschafft. Deshalb müssen wir ein Signal setzen. Wir werden beim Klimaschutz nicht auf Ordnungsrecht verzichten können. Es ist Aufgabe des Staates, dort lenkend einzugreifen, wo er es für richtig hält. Unser erster Aufschlag in Baden-Württemberg ist nicht überambitioniert. Aber wir können damit einen Riesenschritt machen.

**ZEIT:** Ausgerechnet Unionskollege Michael Glos will aber Ordnungsrecht im Bund verhindern.

**Gönner:** Auch die SPD ist sich nicht einig. Finanzminister Peer Steinbrück mauert bei dem Vorschlag seines Genossen Gabriel, der Bauherren bundesweit verpflichten will, künftig 15 Prozent des Bedarfs an Wärmeenergie ökologisch korrekt zu decken. Lassen Sie es mich so sagen: Ich bereite mit diesem Gesetz den Weg für den Bundesumweltminister, auch innerhalb der Union.

**ZEIT:** Gelten Sie zu Hause als Ökokommunistin?

**Gönner:** (lacht) Nein. Natürlich fällt mir keiner um den Hals. Sachlichen Protest gab es von der Vereinigung der Hauseigentümer, die sich um ihre Altbauten sorgten. Aber in der öffentlichen Anhörung haben wir sie davon überzeugt, dass auch dort der Pflichtanteil machbar ist. Über Neubauten gab es keine Diskussionen.

**ZEIT:** Sie müssen aufgeklärte Ökostädter ebenso überzeugen wie Landwirte, die beinahe jedes Windrad im Ländle verhindert haben. Wie gelingt das?

**Gönner:** Die Landesregierung kümmert sich generell um Klimaschutz, ohne zuerst zu überlegen: Mache ich das für Städter oder für Bauern? Dieses pragmatische Vorgehen macht Baden-Württemberg aus. Seit fünf Jahren hat hier kaum jemand ein Haus gebaut, ohne vorsorglich die Röhren für Solarthermie zu integrieren.

**ZEIT:** Wenn Schwaben in ökologische Heizsysteme investieren, lautet die Botschaft an den Rest der Republik: Es rechnet sich.

**Gönner:** Ja. Der Schwabe ist zwar sparsam, aber qualitätsbewusst. Er weiß, dass die Energiepreise steigen werden und dass jede Kilowattstunde Strom, die er nicht verbraucht, bares Geld wert ist. Und so investiert er eben in effiziente Anlagen.

**ZEIT:** Was müsste die Bundesregierung beschließen, damit die Klimaschutzziele glaubwürdig und wirksam werden?

**Gönner:** Das vorgelegte Energie- und Klimaschutzprogramm ist sehr breit gefasst. Das ist richtig. Es gibt nicht die *eine* Maßnahme. Es muss vielmehr ein Paket an Maßnahmen in vielen Bereichen vorangebracht werden. Und das konsequent.

## »Alle Häuslebauer sind verpflichtet, von 2008 an ein Fünftel der Wärme über grüne Energien zu decken«

**ZEIT:** Mit welchen Zumutungen müssen die Bürger rechnen?

**Gönner:** Wer das Klima schützen will, muss investieren. Reine Verhaltensänderungen, wie sie der Bundesumweltminister propagiert, reichen nicht aus. Das sind auch die falschen Worte, um die Bürger zu überzeugen. Ich muss vielmehr erklären, dass Investitionen nötig sind und dass sie sich langfristig auszahlen. Auch volkswirtschaftlich.

**ZEIT:** Wenn sich Klimaschutz rechnet, warum steigen die Emissionen dann wieder?

**Gönner:** Wir haben noch immer riesige Prozessverluste in der Energieerzeugung. Deshalb bin ich dafür, die Ökosteuer für Unternehmen nur dann

zu reduzieren, wenn diese ein Energiemanagement einführen. Wenn ich vom Staat erwarte, dass er mir Geld gibt, dann darf der Staat mindestens erwarten, dass ich das Geld sinnvoll einsetze ...

**ZEIT:** ... was Michael Glos anders sieht. Er will einen entsprechenden Beschluss verhindern.

**Gönner:** Das wundert mich sehr. Jeder Unternehmer, der heute Energie möglichst effizient nutzt, hat auch in Zukunft Vorteile auf dem Weltmarkt. Energie wird überall teurer.

**ZEIT:** Der Wirtschaftsminister hält auch an Steuervorteilen für große Geländewagen fest?

**Gönner:** Da müssen wir steuerrechtlich differenzieren. Förster oder Landwirte benötigen solche Autos für ihren Beruf. Aber grundsätzlich kann es nicht sein, dass Fahrzeuge mit großem Hubraum weiter solche Steuervergünstigungen erhalten, wie das heute der Fall ist.

**ZEIT:** Sollten Mieter künftig weniger zahlen dürfen, wenn ihr Vermieter nicht saniert?

**Gönner:** Dieser Vorschlag ist ungewöhnlich einseitig. Der Vermieter soll sanieren. Er hat also Kosten, die er aber bisher nicht umlegen darf. Folglich profitiert nur der Mieter. Wir müssen hier stärker auf *contracting* setzen ...

**ZEIT:** ... das bedeutet?

**Gönner:** Ein Dritter baut die Heizung in ein Mietshaus und betreibt sie. So sparen Mieter und Hauseigentümer. Und der Mieter darf erst dann die Miete kürzen, wenn sein Vermieter die Modernisierungskosten umlegen könnte, aber dennoch nicht saniert.

**ZEIT:** In Baden-Württemberg stehen Sie gut da, weil vor allem Wasser- und Atomkraftwerke emissionsfreien Strom liefern ...

**Gönner:** Wir emittieren mit sieben Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr deutlich weniger als der durchschnittliche Bundesbürger mit mehr als zehn Tonnen CO<sub>2</sub>. Damit das so bleibt, plädieren wir dafür, die Laufzeitverkürzung von Kernkraftwerken zurückzunehmen.

**ZEIT:** Wie bitte?

**Gönner:** Wir sprechen immer von Laufzeitverlängerung. Das ist falsch. Vielmehr verkürzt der Ausstieg de facto die Laufzeit. Die Kraftwerke wurden für 40 Jahre Betrieb gebaut. Solange sie sicher sind, sollten sie auch am Netz bleiben.

**ZEIT:** Der Versorger EnBW will das AKW Neckarwestheim 1 länger betreiben. Unterstützen Sie das?

**Gönner:** Ja. Das Atomausstiegsgesetz hat eine Lücke, die es EnBW erlauben könnte, Neckarwestheim 1 und 2 parallel über dieselbe Zeit zu betreiben. Weil es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

**ZEIT:** Wollen Sie auch neue Atommeiler bauen?

**Gönner:** Nein. Die Betreiber sollen die Kraftwerke bis ans Ende ihrer technischen Laufzeit laufen lassen und die Hälfte der zusätzlich erzielten Gewinne in einen Fonds zahlen. Damit erforschen wir erneuerbare Energien und Speichertechnologien. So kommen wir von der Kernkraft weg hin zu Ökokraftwerken. Es ist falsch, nur Kernkraftwerke ab- und Kohlekraftwerke anzuschalten.

**ZEIT:** Demnächst müssen Sie selbst zwei neue Kohlekraftwerke genehmigen.

**Gönner:** In Mannheim hat der Betreiber noch keinen Antrag gestellt. Und in Karlsruhe soll das Kraftwerk mit klimafreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden.

**ZEIT:** Sie sind die Ökofrau der CDU, liegen auf einer Linie mit der Kanzlerin. Reizt Sie das Ministeramt in Berlin?

**Gönner:** Es freut mich, wenn ich dem Bundesumweltministers hin und wieder etwas entgegensetzen kann. Aber ich rüttele nicht am Gitter. Ich will gute Politik für Baden-Württemberg machen.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE CERSTIN GAMMELIN

Weitere Informationen im Internet:  
[www.zeit.de/wirtschaft/klima](http://www.zeit.de/wirtschaft/klima)